

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Erich Mühlhens, Berlin.  
Telefon: Amt 2240/4100/4100



Verlag für Druck und Verbreitung:  
Zehn 6201, Zehn-Milieu-Platz 6  
Druckort: Göttingen

Die Zeitung ist in Göttingen.  
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Bewilligung durch die Regierung für den Vertrieb in Deutschland, sowie auch andere Länder in Deutschland für den Vertrieb in Deutschland.

Berlin, den 15. Okt. 1932.

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Der Marsch auf Rom.

(Zum 28. Oktober, dem zehnten Jahrtag.)

SPD. Als am Morgen des 28. Oktober 1922 Fascistenscharen - alte und junge Leute, mit und ohne Schwarzhemd, mit und ohne Waffen - nach Rom strömten, ist sicher kein Mensch in der ganzen Hauptstadt auf den Gedanken gekommen, dass sich damit ein Wendepunkt in der italienischen Geschichte vollzog.

Man hat die Zahl der damals in und vor Rom zusammengezogenen Männer und Burschen auf 8 000 geschätzt - es mögen tausend mehr oder tausend weniger gewesen sein. Jedenfalls waren die Fascisten weder der Zahl noch der Ausrüstung nach imstande, es mit der römischen Besatzung, mit 12 000 Mann disciplinierter und regelrecht bewaffneter Soldaten, auch nur zehn Minuten aufzunehmen. Mussolini wartete in Mailand den Gang der Ereignisse ab, ängstlich in seiner Redaktion auf telefonische Nachrichten horchend und weit entfernt, vorauszusehen, dass ihn spätere Ansichtspostkarten darstellen würden, wie er auf einem weissen Ross die Legionen seiner Schwarzhemden zur Eroberung der Hauptstadt führt. Anstelle des weissen Rosses trat der modernere Schlafwagen, dem Mussolini seine kostbare Person anvertraute, nachdem ihn am Abend des 29. Oktober ein Telegramm des Königs zur Bildung des Kabinetts nach Rom gerufen hatte. Und nun erst begann der "Marsch auf Rom", nun konzentrierten sich aus allen Teilen Italiens Scharen von Fascisten auf die Stadt, im ganzen, nach offiziell fascistischen Angaben, 45 000 Mann, aus denen dann die Grossmäuligkeit der "Sieger" 200 000 und schliesslich gar 300 000 gemacht hat.

Die geschichtliche Wende, die der 28. Oktober trotz seiner grotesken und gemeinen Aufmachung tatsächlich gebracht hat, ist nicht durch Waffentaten herbeigeführt worden. Sie vollzog sich in der Form einer Palastintrigue, indem eine Hofkamarilla den König veranlasste, auf jede Abwehr zu verzichten und die Proklamierung des Belagerungszustandes nicht zu unterzeichnen; dies geschah unter der Drohung, dass sonst der Herzog von Aosta an die Stelle des Königs treten und den Fascisten die Tore öffnen werde. All die mächtigen Interessen die den Fascismus seit zwei Jahren finanzierten - Grossgrundbesitz, Banken, Industrie - hatten in der Unzufriedenheit der Generäle den Weg bis zum König gefunden und vollzogen nun eine entscheidende Machtverschiebung, indem sie den ganzen Staatsapparat in die Hände einer Clique legten, die entschlossen war, sich seiner gegen Recht und Verfassung zu bedienen. Der Marsch auf Rom war nicht eine Machtäusserung oder eine Besitzergreifung, sondern nur eine gleichsam zufällige Begleiterscheinung der Preisgabe der Verfassung durch den König, für welche Preisgabe wuchtigere Dinge in Frage kamen als ein paar Tausend händelsüchtiger Schwarzhemden. Nicht zufällig, sondern dem Geiste des neuen Regimes wesentlich, gleichzeitig Sinnbild, Drohung und Schicksal, war aber die rohe an die mittelalterlichen Söldnerheere gemahnende Form, in der sich, vorläufig auf ein Jahrzehnt, jene Umstellung im italienischen Staatsleben vollzog.

durch die die Regierung; aus dem Verwalter und Schützer von Rechten zum Träger der illegalen Gewalt wurde. Gegen alle Voraussicht, für die die klägliche äussere Form des Regimewechsels über dessen Kern und Behauptungsfähigkeit irreführend war, hat sich nun das Regime zehn Jahre erhalten und wenn das italienische Volk in zehn vollen Jahren es nicht fertig gebracht hat, den Fascismus wieder los zu werden, so beweist das nur, dass der Besitz der Staatsgewalt heute eine derartige Fülle materieller Machtmittel einschliesst, dass das seiner rechtlichen Kampfmittel beraubte Volk der illegalen Gewalt der Regierung nicht gewachsen ist. Diese Lehre sollte jedes vom Fascismus bedrohte Land beherzigen. Es ist ein Stück wichtiger politischer Erfahrung.

Trotz allem: Italien ist nicht am Fascismus zugrunde gegangen! Aber charakteristisch für das Regime der italienischen Diktatur ist, dass sie heute flott und aus dem Vollen lebt und dafür unerträgliche Hypotheken auf die Zukunft legt. Die Staatsausgaben sind vom Budgetjahr 1922/23 bis zu 1930/31 um mehr als drei Milliarden Lire (100 Lire = 21 Mark) gewachsen, obwohl gleichzeitig die Kriegslasten für Pensionen usw. um über drei Milliarden zurückgingen. Von den Mehrausgaben kommen 2098 Millionen auf Militär- Polizei- und Kolonialausgaben. Gleichzeitig hat sich in dem fascistischen Jahrzehnt die Steuerlast immer mehr auf die Schultern der breiten Massen verschoben. Das vorfascistische Budget bezog 35,5 Prozent seiner Einnahmen aus direkten, 40,9 aus indirekten Steuern; die entsprechenden Verhältniszahlen sind heute 28,7 und 50,4. Man berechnet die Vermehrung der Staatsschuld in dem Jahrzehnt der fascistischen Aera auf etwa 35 Milliarden Lire, beinahe 10 Millionen täglich. Mit einer gesamten Staatsschuld von 130 Milliarden Lire hat Italien eine Schuldenlast, die ungefähr ein Drittel des Nationalvermögens ausmacht. Dabei werden alle die in die ganze Welt hinausposaunten öffentlichen Arbeiten überhaupt erst in ferner Zukunft bezahlt. In den drei Budgets bis zum Jahre 1933 erscheinen insgesamt nur 145,3 Millionen Lire für die schon im Gange befindlichen öffentlichen Arbeiten, aber das "dicke Ende" kommt - immer dicker werdend - erst im Laufe der folgenden 11 Jahre, in denen 2 469,5 Millionen zu bezahlen sein werden. Und diese in Zukunft zu zahlenden Milliarden erscheinen nicht als Staatsschuld, ebensowenig wie die dem Vermögen der Sozialversicherungen entliehenen Gelder. Denn die italienischen Versicherungen sind so eingerichtet, dass die Zwangszahlungen der Unternehmer und Arbeiter viel höher sind als die Leistungen bei Unfällen, Krankheit, Alter usw.. Daher hat die Kasse für Sozialversicherung, an die für jeden beschäftigten Arbeiter etwa 372 Lire jährlich abzuführen sind - ein Drittel vom Arbeiter, zwei vom Unternehmer - nach elfjährigem Bestande ein Vermögen von 7 134 Millionen, das dem Staat als Darlehenskasse dient. Italiens Finanzwirtschaft ist auf den Bluff eingestellt: der Notenumlauf ist sehr gering, was den stabilen Stand der Lira erklärt, aber als zusätzliches Geld laufen die zu erwartenden Steuereinnahmen der künftigen Jahre schon für alle staatlichen Unternehmungen um.

Hinter dem scheinbaren Ueberfluss, der sechzig Millionen für die Feier des Zehnjahrtages auswirft, grinst die Pleite. Hinter dem scheinbaren sozialen Frieden, der aus Streikverboten, Presseknebelung und Ausnahmegericht besteht, grinsen Hass und Angst. Der Fascismus kann seinen Druck auf das Volk nicht vermindern, ohne sofort abgeschüttelt zu werden. Es ist zweifellos eine polizeitechnische Leistung, zehn Jahre lang ein Volk von vierzig Millionen knebeln zu können. Aber es bedeutet einen völligen Fehlschlag für eine Regierung, dass sie sich nach zehn Jahren nur durch beständig wachsenden Druck behaupten kann.

Der Fascismus braucht lärmende Feste, um das unterirdische Grollen im Lande zu übertönen. Hätte er in den zehn Jahren den Massen Vertrauen einflössen können, statt sich auf Zuchthaus und Henker stützen zu müssen, so hätte er die verheissene politische Amnestie gewährt. Er kann sie nicht gewähren, aber es wird auch keine Amnestie dereinst zwischen ihm und die geschichtliche Abrechnung treten.

---

SPD. Stuttgart, 15. Oktober (Eig. Dr.)

Im Württembergischen Landtag wurden am Sonnabend nach Schluss der mehrtägigen, teilweise sehr heftigen Aussprache über die letzten Notverordnungen der württembergischen Regierung die von Nationalsozialisten und Kommunisten eingebrachten Anträge auf Aufhebung dieser Notverordnungen abgelehnt. Angenommen wurde ein von der Sozialdemokratie gestellter Antrag, der Einspruch gegen die bei Erlass dieser Notverordnung erfolgte Ausschaltung des Landtags erhebt, die Regierung ersucht, die Notverordnungen zurückzuziehen und im Zusammenwirken mit dem Landtag geeignete Massnahmen für die Deckung des Defizits im Staatshaushalt durchzuführen.

-----

SPD. Die Reichsregierung ist sicherlich fest davon überzeugt, dass es für Deutschland sehr gefährlich gewesen wäre, auf den Vorschlag MacDonalds und Herriots einzugehen und Genf als Tagungsort für die geplante Viermächtekonferenz anzunehmen. Sicherlich sprachen vom deutschen Standpunkt gewichtige Gründe gegen eine Zustimmung. Bei einer Besprechung am Ort der Abrüstungskonferenz, wo die Vertreter aller Staaten versammelt sind und mit wachsender Ungeduld auf die Rückkehr Deutschlands warten, die allein eine erspriessliche Fortsetzung der Konferenzarbeiten ermöglichen würde, wären die deutschen Minister in ihrer politischen Bewegungsfreiheit zweifellos stark gehemmt worden. Sie wären sehr bald unter moralischen Druck nicht nur der unmittelbar beteiligten drei anderen Grossmächte, sondern auch der draussen wartenden Staaten gesetzt worden und hätten vielleicht infolgedessen ihren Standpunkt nicht so hartnäckig verteidigen können wie in London oder anderswo.

Aber selbst wenn mandiese Bedenken gelten lässt, so muss man sich darüber im Klaren sein, dass sie ausserhalb Deutschlands fast von niemanden begriffen werden. Ueberall sonst wird man sagen, dass die deutsche Regierung aus der nebensächlichen Frage des Konferenzortes eine Prestigefrage gemacht habe, die ihren Mangel an Verständigungswillen beweise. Dieses Stichwort ist sofort in Paris ausgegeben worden und es steht zu befürchten, dass es nicht nur von der französischen Presse befolgt werden wird. Auch in England ist die Verstimmung allgemein, zumal man es als einen wesentlichen Erfolg MacDonalds ansah, dass er den Widerstand Herriots gegen die Abhaltung einer Viermächtekonferenz schliesslich zu überwinden vermocht hat. Dass Deutschland wegen der Ortsfrage die erzielte Verständigung wieder illusorisch machen würde, darauf war man in England offenbar nicht vorbereitet. Auch in Italien, das sich beeilt hatte, der Londoner Vereinbarung zuzustimmen, empfindet man die schroffe deutsche Absage äusserst peinlich.

Die deutsche Regierung scheint sich der Gefahren noch nicht voll bewusst zu sein, die die gegenwärtige Isolierung Deutschlands für die Zukunft des Volkes bedeutet. Ein Ueberblick über die Auslandspresse, einschliesslich der neutralen Länder, lehrt, dass Deutschland gegenwärtig fast in der ganzen Welt als der Störenfried Europas angesehen wird. Die Stimmung ist überall ausserordentlich gereizt. Sie wird durch die neue aggressive Handelspolitik der Barone gerade in solchen Ländern verschlimmert, die uns bisher am objektivsten gegenüberstanden. Die Gerüchte über monarchistische Restaurationsbestrebungen, die durch die Münchener Rede Papens einen neuen Auftrieb erhielten, haben überall verheerend gewirkt. Noch nie ist die moralische Stellung Frankreichs in der Welt so stark, noch nie seit Kriegsende die Position Deutschlands so schwach gewesen wie jetzt. Jeder fühlt, dass diese Entwicklung zu einem schlimmen Ende führen muss. In Deutschland aber werden diejenigen, die diese Katastrophe aufhalten wollen, leichthin als "Feinde des Volkes" beschimpft. So wurden allerdings Anno 1917 auch diejenigen tituliert, die für einen annexionslosen Verständigungsfrieden eintraten, als es noch Zeit war....

-----

SPD. Bochum, 15. Oktober (Eig. Bericht)

Das Ruhrkohlsyndikat hat folgendes dringende Telegramm an den Reichskanzler, an verschiedene Reichsminister und die Reichsbank gerichtet:

"Die deutsche Einfuhrhemmungspolitik wirkt in Italien, in den Oslostaaten besonders aber in Holland zerrüttend auf den Ruhrkohlenabsatz. Die Nachrichten werden von Tag zu Tag schlimmer. Nach Beendigung der laufenden Lieferungsverträge werden wir vor einem Trümmerfeld stehen. Der Ruhrbergbau wird wie die übrige auf Ausfuhr angewiesene Industrie noch unter den jetzigen Tiefstand herabgedrückt werden. Anstatt der von der Regierung gewollten Belebung der Wirtschaft sehen wir ein weiteres Absinken der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit voraus. Die Hoffnung, dass die Kontingentierung durch Belebung der Landwirtschaft auch den Industrieabsatz heben und dadurch den Schaden der sinkenden industriellen Ausfuhr ausgleichen werde, wird sich immer deutlicher als trügerisch erweisen. Die industrielle Kaufkraft wird entsprechend dem Ausfuhrückgang sinken zum Schaden auch der Landwirtschaft. Die Kosten der verfehlten Politik wird in erster Linie der Ruhrbergbau und die übrige Industrie zu tragen haben."

SPD. Karlsruhe, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie aus Konstanz a. Bodensee gemeldet wird, wurde im Kloster Hegne am Bodensee zwischen dem Land Baden und der römischen Kurie ein Konkordat unterzeichnet. Als Vertreter der Kurie war Kardinalstaatssekretär Pacelli anwesend, als Vertreter der badischen Regierung Unterrichtsminister Dr. Baumgartner. Ausserdem war Erzbischof Dr. Gröler aus Freiburg als Vertreter der katholischen Kirche des Landes Baden zugegen.

Mit der evangelischen Kirchenregierung steht ebenfalls der Abschluss eines Kirchen-Konkordats bevor. Beide Verträge sollen zu gleicher Zeit verabschiedet werden.

SPD. München, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die "Münchener Post" veröffentlicht einen neuen Röhm-Brief, den der Hitle Günstling unter dem 28. September 1932 an den Reichsbannerführer Major Mayr gerichtet hat. Aus dem Brief geht einwandfrei hervor, dass Röhm in seiner sogenannten eidesstattlichen Versicherung, mit der er sich dem für ihn vernichtenden Ergebnis des Münchener Tscheka-Prozesses entziehen wollte, das Gericht und die Öffentlichkeit in der schamlosesten Weise angelogen hat. An "Eidesstatt" erklärte Röhm, die gerichtliche Zeugenladung sei in den Einlauf der obersten SA-Führung gekommen. Das ist eine Lüge; denn ausweislich der Akten ist die Zeugenladung Röhm in seiner Privatwohnung zugestellt worden, und Röhm war an diesem Tage in München. Ferner erklärte Röhm an "Eidesstatt", dass ihm der Gegenstand der Zeugenladung gänzlich unbekannt gewesen sei. Auch das ist eine Lüge; denn am 27. September wurde die Ladung zum Tscheka-Prozess vom Gericht angeordnet, am 28. September zugestellt und zufällig an diesem Tage schrieb Röhm dem Major Mayr folgenden Brief:

Der oberste SA-Führer,  
der Chef des Stabes.

München, 28. September 1932.  
Briener Strasse 45.

Persönliche Angelegenheit.

Herrn

Major a. D. Karl Mayr,  
Reichsbannerführung,

M a g d e b u r g .

Sehr geehrter Herr Major!

Ich setze voraus, dass Ihnen bekannt ist, dass ich mit Herrn Bell, der seinerzeit eine Unterhaltung zwischen Ihnen und mir herbeiführte, jede Ver-

bindung seit längerem gelöst habe. Seit jener Zeit überschüttet Herr Bell alle möglichen Persönlichkeiten der Partei mit Briefen, die sich mit meiner Person beschäftigen. In dem einen Briefe stellt er die Behauptung auf, dass ich Ihnen gegenüber "von Hitler angefangen bis zum letzten Schreiber des Braunen Hauses die ganzen Führer als Lumpen, Schweine und Ideioten" bezeichnet habe. Ich bin nun fürs erste überzeugt, dass Sie an unserer Vereinbarung, die Besprechung vertraulich zu behandeln, festgehalten haben. Immerhin aber wäre es möglich, dass Sie Herrn Bell gegenüber irgend eine Bemerkung allgemeiner Art haben fallen lassen. Jedenfalls wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, dass Sie Herrn Bell nicht unterrichtet haben und dass die genannten Ausführungen von mir nicht gefallen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

gez. Röhm."

Der Brief beweist: Röhm hatte die Ladung zum Prozesstermin erhalten. Er wusste, um was es sich handelt. Er wusste weiter, dass Bell und Major Mayr als Zeugen vernommen werden. Er wollte in dem Brief Major Mayr dazu veranlassen, falsches Zeugnis abzulegen, indem er unter ausdrücklicher Berufung auf die Vertraulichkeit seiner Besprechung mit Mayr diesem vorredete, Bell habe die Behauptung, dass Röhm bei der Unterredung mit Mayr den ganzen Hitlerstab schwer beschimpft habe, von sich aus erfunden. Als Röhm am 28. September Major Mayr zumutete, die Vertraulichkeit seinerseits zu halten, verschwieg er sorgfältig, dass er selbst diese Vertraulichkeit schon gebrochen hatte. Am 6. Oktober dagegen leugnete er in seiner eidestattlichen Erklärung, dass Vertraulichkeit überhaupt vereinbart worden sei.

Inzwischen ist aber auch festgestellt, dass Röhm mit seiner Entschuldigung mit der er sein Fernbleiben als Zeuge rechtfertigte, das Gericht angelogen hat. Nach den Erklärungen von Frank II war Röhm durch den Parteitag in Wien festgehalten. Der gleiche Frank II, der die Lüge des Röhm, dass dieser in Wien festgehalten sei, vor Gericht vortrug, fuhr mit Röhm zusammen am Abend vor dem Prozesstermin in Richtung gegen München. Während Frank II am nächsten Tage beim Termin zur Stelle war, stieg Röhm in Salzburg aus.

Alle diese Lügen des Röhm haben nicht verhindern können, dass Hitler in der Nazigauleitersitzung, die unmittelbar nach dem Tscheka-Prozess im Münchener Braunen Haus abgehalten wurde, wiederum mit Pathos erklärte, er stehe und falle mit seinem Stabschef. Das zwingt zuder logischen Feststellung, dass die Osafs und die stellvertretenden Osafs Geheimnisse ganz besonderer Art miteinander verbinden müssen.

-----  
SPD. Köln, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat dieser Tage einen Reinfall erlebt, den sie sich hätte ersparen können.

Vor einigen Wochen erschien in der "Rheinischen Zeitung" eine lustige Schilderung, die in wenigen Zeilen erzählte, wie in einem Kölner Vorort ein paar Arbeiter kurz nach der Aufhebung des SA-Verbots einem Hitler-Jüngling das neue braune Hemd ausgezogen hatten. Ausdrücklich war hervorgehoben worden, dass dem Hitler-Jüngling sonst auch nicht ein Härchen gekrümmt worden war. Die Notiz war überschrieben mit "Ach wie bald, ach wie bald, schwindet Schönheit und Gestalt". Wegen dieser Ueberschrift erhob der Oberstaatsanwalt in Köln Anklage wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz, weil in dieser Ueberschrift eine ausdrückliche Billigung von Gewalttätigkeiten gegen politische Gegner liege. Die Anklage erhielt Redakteur Esserodt just an demselben Tage, an dem Hitler sein berüchtigtes Sympthiatelegramm an die vier SA-Mörder von Potempa abgeschickt hatte. Man hat bisher nicht gehört, dass die Staatsanwaltschaft auch gegen Herrn Hitler, der doch in seinem Telegramm die Gewalt

tätigkeiten seiner SA-Leute nicht nur gebilligt sondern auch verherrlicht hat Anklage erhoben hätte. Der Kölner Oberstaatsanwalt hat mit seiner Anklage gegen Esserodt aber einen gehörigen Reinfall erlitten. Am 15. Oktober hat die vierte grosse Strafkammer des Kölner Landgerichts dem Beklagten mitgeteilt, dass in seiner Strafsache wegen Vergehens gegen § 5 Absatz 1 Ziffer 4 des Republikschutzgesetzes das Verfahren gemäss § 153 Absatz 3 der Strafprozessordnung mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft auf Kosten der Staatskasse eingestellt werde.

-----

SPD. Amsterdam, 15. Oktober (Eig. Dr.)

In den kommenden Beratungen des holländischen Parlamentes soll in ein dunkles Kapitel hineingeleuchtet werden, das sowohl dem Reichskanzler von Papen wie dem Reichswehrminister von Schleicher wenig angenehm sein dürfte. Das sozialdemokratische Zentralorgan "Het Volk" konnte bereits vor Wochen auf die Verbindungen zwischen deutsch-monarchistischen Verschwörern und grossen Waffenschiebern nach Deutschland hinweisen.

Im Düsseldorfer Gefängnis sitzt zur Zeit der Grossmuggler Szymanski, der kürzlich an der deutsch-holländischen Grenze auf frischer Tat ertappt wurde. Interessanter als dieser Waffenschieber sind jedoch seine Hintermänner, in deren Auftrag Szymanski von Januar bis September 1932 seinen Waffen- und Munitionshandel betrieben hat. Es steht heute fest, dass ungeheure Mengen belgischer und spanischer Revolver sowie Munition von Belgien aus, wo der Waffenhandel erlaubt ist, über Holland nach Deutschland hineingeschmuggelt worden sind. Es steht weiter fest, dass deutsche Zollbeamte, Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, sich von den Schmugglern, die des Geschäftes wegen das nationalsozialistische Mitgliedbuch führten, bestechen liessen. Es steht fest, dass das Zollfahndungsamt in Düsseldorf bei der Untersuchung gegen Szymanski mit den grössten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, und es steht schliesslich fest, dass Szymanski noch kurz vor seiner Verhaftung im Haag war, wo er Beziehungen zu dendortigen deutschen Nationalsozialisten unterhielt.

"Het Volk" leuchtet neuerdings etwas tiefer in diese Waffenschiebern hinein. Dabei taucht im Hintergrund das dicht an der holländischen Grenze gelegene Landgut Hillehaard auf. Es gehört dem in Holland naturalisierten Grafen Wolff-Metternich. Er ist ein Nachfahre des berühmten Reaktionärs und Staatsmannes und zugleich ein Verwandter der Hohenzollern. Das sozialdemokratische Blatt behauptet nun in seinen Enthüllungen, dass die Gegend von Hillehaard das Zentrum des gesamten Waffenschmuggels ist und der Herr Graf Metternich wiederum einer der Hauptträger der hohenzollerischen Restaurationsbestrebungen. Auf dem Gut des Grafen haben wiederholt deutsch-monarchistische Zusammenkünfte stattgefunden und auf Grund genauester Informationen erklärt "Het Volk", dass zu Beginn dieses Jahres auch der jetzige Reichskanzler von Papen sowie Herr von Schleicher Gäste des Grafen Metternich gewesen sind. Von ihm sollen wiederum die Fäden nach Doorn gehen, und zwar durch einen Rittmeister v. Cramer der in Holland SA-Kompagnien ausbilden lässt, zusammengestellt aus jugendliche Deutschen. Für diese SA-Truppen liegen in Holland Munitions- und Kleiderdepots sodass der geplante Umsturz von Hitler auch von der holländischen Grenze aus starke Unterstützung gefunden hätte.

Alle diese Vorgänge und Enthüllungen sollen in der holländischen Kammer zur Sprache gebracht werden, mit dem Zweck, die holländische Regierung aufzufordern, diesem Verschwörertreiben gegen einen befreundeten Staat ein Ende zu bereiten.

-----

SPD. "Kölner SA-Männer, herhören!", ruft das Berliner Nazi-Oppositions-blatt und sagt dann :

"Immer und immer wieder versuchen eure Parteibonzen, euch vorzulügen, sie würden genau so kämpfen und opfern wie ihr. Wir stellen an eure Bonzen einige Fragen; verlangt klare, eindeutige Beantwortung!

Herr Haake, stimmt es, dass Sie infolge Ihrer Verdienste in der NSDAP in der Lage waren, sich ein ziemlich hohes Sparguthaben anzusammeln? Stimmt es, dass Sie als Abgeordneter von den ärmsten Ortsgruppen trotz Ihres Freifahrtscheines für eine Versammlung an Spesen 35 Mark verlangen?

Herr Grohe, stimmt es, dass Sie als Gauleiter teilweise am 15. eines Monats schon 300 Mark an Aufwandsentschädigungsvorschuss liquidiert haben? Stimmt es dass auch Sie in dieser Notzeit sich ganz nette Summen ersparen konnten?

Herr Schaller, stimmt es, dass Sie trotz Ihrer Diäten es zuließen, dass Ihre alten Eltern vom Wohlfahrtsamt unterstützt wurden, dass Sie sich wiederu einen neuen Wagen zulegten, trotzdem Sie im Besitz einer Freifahrkarte sind?

Herr Dr. Ley, stimmt es, dass Ihr Duzfreund Finanzier Hugo Simon nicht ganz reiner Abstammung sein soll?

Herr Palm, stimmt es, dass Sie öfters in bekannten Kölner Halbweltlokalen in Begleitung Ihres Stabes im vollen Kriegsschmuck erscheinen? Stimmt es; dass Sie sich daher öfters in einem Rauschzustand befinden, der das Ehrenkleid der Hitlerpartei bestimmt nicht ehrt? Stimmt es, dass gegen Ihren Oberstaffel führer Bauer der Vorwurf erhoben wurde, Inhaber eines Kölner Bordells zu sein ohne dass Sie gegen Bauer vorgingen?

Herr Dr. Winkelkemper, stimmt es, dass Sie einmal erklärt haben, bei ein gewaltsamen Auseinandersetzung würden Sie dem "Bonzen Schaller" die erste Kugel geben?

Ihr Kölner Bönzlein, steht Rede und Antwort! Wir werden in Bälde mit Tatsachen auftischen, dass euch Hören und Sehen vergeht!"

Seht ihr's, wie die Bonzen fliegen!

-----

SPD. Braunschweig, 15. Okt. (Eig. Dr.)

Der Fememörder Kaune, der den SS-Mann Campe auf der Landstrasse erschossen hat, ist noch flüchtig.

Der Autoverleiher Lohse aus Riddagshausen bei Braunschweig teilt mit, dass er von Kaune und Campe ersucht worden sei, nach Cremlingen zu fahren. In Cremlingen verlangte Kaune, dass Lohse weiter nach Sickinge fahre. An einem dunklen Platz liess Kaune halten. Er drängte Campe zum Auto hinaus und jagte ihm ohne weiteres eine Kugel in den Kopf. Als Campe zusammengebrochen war, gab Kaune noch sechs Schüsse auf den Jammernden ab. Der Autofahrer will voll Angst mit seinem Wagen geflohen sein. Er hat aber verabsäumt, die Polizei sofort zu benachrichtigen, sodass Kaune, der in voller Uniform war, einen grossen Vorsprung bekommen konnte. Der Autoverleiher ist nicht in Haft genommen.

Kaune und Campe waren der Stabswache der SS in Braunschweig zugeteilt. Die Eiserne Front Braunschweigs verlangt jetzt die Schliessung der SA-Heime in der Stadt, da ohne diese Schliessung die Ruhe und Ordnung nicht wiederhergestellt werden könne. In den SA-Heimen sind viele obdachlose, ortsfremde Leute untergebracht, die selbstverständlich leichter zu Gewalttaten neigen, als die in Braunschweig bekannten SA-Leute.

In Lutter am Barenberge wurde der SA-Mann Bennecke von seinen Parteigenossen derart zugerichtet, dass er jetzt im Krankenhaus in Goslar am Harz an eine schweren Schädelverletzung gestorben ist.

-----

SPD. Das Berliner Naziblatt berichtet im Fettdruck folgende Stelle aus einer in Magdeburg gehaltenen Rede von Nazi-Röver, Ministerpräsident in Oldenburg :

"Wenn ihr glaubt, am 6. November wiederum einfach über uns zur Tagesordnung übergehen zu dürfen, wenn ihr dann illegal werdet und die Verfassung verletzt, dann ist unser Führer Adolf Hitler von seinem Eid in Leipzig entbunden."

Also wieder einmal Putschdrohung mit Köpferollen.

-----

SPD. Paris, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Mittelpunkt des innerpolitischen Interesses in Frankreich steht zurzeit die Frage, mit welchen Mitteln das Defizit des laufenden Finanzjahres gedeckt und wie ein in Ausgaben und Einnahmen ausbalanciertes Budget für das nächste Jahr aufgestellt werden kann. Die Summe, um die es sich in beiden Fällen handelt, beläuft sich auf rund zehn Milliarden Francs, die entweder durch neue Steuern oder durch Ausgabenkürzungen beschafft werden müssen.

Die Regierung hat sich zunächst entschlossen, eine neue Steuer auf Radioapparate zu erheben. Ferner sollen dringende Arbeiten in Höhe von  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Francs von dem ordentlichen Budget auf einen Gesetzentwurf betreffend den Ausbau der französischen Wirtschaft übertragen werden, deren Kosten durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. Weitere Mittel erhofft die Regierung aus einer Verschärfung der Kontrolle bei der Steuereinschätzung. Der Rest des Defizits soll durch Ausgabenbeschränkungen ausgeglichen werden. Unter diesen Einschränkungen plant die Regierung an erster Stelle eine Herabsetzung der Beamtgehälter und -Pensionen sowie der Kriegsteilnehmerpensionen. Die Beamtgehälter und -Pensionen sollen um 1,3 Milliarden Francs gesenkt werden.

Diese Absicht der Regierung hat bei den Beteiligten einen ungeheuren Proteststurm entfesselt. Der Allgemeine Beamtenverband und der Postbeamtenverband haben bereits Beschlüsse gefasst, in denen sie erklären, dass sie sich mit allen Mitteln einer Verringerung ihrer Gehälter widersetzen und sofort eine öffentliche Kampagne zur Wahrung ihrer Rechte einleiten werden. Abordnungen des Gewerkschaftsbundes der Eisenbahner und der Nationalvereinigung der Eisenbahnbeamten haben am Sonnabend beim Verkehrsminister Daladier vorgesprochen und gleichfalls gegen eine Verringerung ihrer Bezüge protestiert. Die sozialistische Parlamentsfraktion ist entschlossen, die Interessen der Staatsarbeiter und -Beamten zu verteidigen. Da aber fast alle übrigen Parlamentarier für die Herabsetzung der Löhne und Gehälter sind, dürfte es die Regierung leicht haben ihre Absicht durchzuführen.

-----

SPD. Das Berliner Naziblatt des Herrn Goebbels veröffentlicht am Sonnabend einen Artikel mit der Überschrift: "Wohin gleiten wir?", in dem "ein ernstes Wort an den deutschen Bürger" gerichtet wird. Dieser Bürger soll Deutschland vor der Katastrophe bewahren, indem er am 6. November das Wahlresultat des 31. Juli zugunsten der Nazis verbessert. Aber, heisst es dann weiter :

"Wenn, selbst bei der äussersten Anstrengung jetzt noch kein voller Sieg der nationalsozialistischen Bewegung erreicht werden kann, dann muss wenigstens die Bahn frei bleiben, die ein Zusammengehen, eine Majoritätsbildung zwischen den Nationalsozialisten und, wenn es erforderlich ist, dem Zentrum nicht unmöglich macht. Setzt man die Bedenken, die man gegen das Zentrum hat, oder nach seiner ganzen Entwicklung haben muss, noch so hoch an, dann wird das Endergebnis einer solchen Verbindung zum Wohle unseres Vaterlandes immer noch ein erheblich besseres sein, als das bei jederer



anderen, unter den heutigen Zeitverhältnissen und Parteibestrebungen möglichen Konstellation."

"Wählt Nazi", damit Hitler nach dem 6. November entweder mit Papen-Hugenberg oder mit der "Schwarzen Pest" beim Kuhhandel gut abschneidet. Aus ist es mit dem Dritten Reich!

-----

SPD. Paris, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Herriot hatte am Sonnabend Unterredungen mit dem französischen Botschafter in Berlin und dem belgischen Botschafter in Paris, die er über seine Besprechungen mit MacDonald unterrichtete. Nach dem "Temps" hat der belgische Botschafter dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, dass seine Regierung den Standpunkt Frankreichs in bezug auf die geplante Viermächtekonferenz teile.

-----

SPD. Genf, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die vierte Kommission der Völkerbundsvollversammlung hat am Sonnabend die heiss umstrittene Reform der Direktion des Völkerbundssekretariats angenommen. Danach setzt sich die Direktion künftig zusammen aus einem Generalsekretär, zwei Stellvertretern, drei Untergeneralsekretären und dem Rechtsberater, der den Rang eines Untergeneralsekretärs haben wird. Ein Stellvertreter oder der Generalsekretär müssen einer Macht angehören, die nicht ständig im Rat vertreten ist. Die Büros des Generalsekretärs und der Stellvertreter dürfen nur noch ein Sektionsmitglied der gleichen Nationalität wie der Vorgesetzte haben, während die Büros der Untergeneralsekretäre wegfallen. Der Generalsekretär wird auf zehn Jahre, die Stellvertreter werden auf acht und die Untergeneralsekretäre auf sieben Jahre gewählt.

Mit dieser Entscheidung ist einer der hitzigsten Kämpfe abgeschlossen, der im Völkerbund je geführt wurde. Die Vertretung Deutschlands, dessen Regierung sich um die grössten politischen Entscheidungen im Völkerbund nur sehr wenig bekümmert hatte, kämpfte um diese Personalfragen sehr erbittert und sogar mit der Drohung, gegen eine ihr nicht genehme Entscheidung zu stimmen. Italien liess die vorher mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen wieder einmal in dem Augenblick fallen, in dem ihm ein stellvertretender Generalsekretär zugesagt war. Deutschland erreichte aber die Durchsetzung des Prinzips, dass nicht mehr als zwei Vertreter der gleichen Macht in der Zahl der hohen Beamten vertreten sein dürfen. Damit ist eine alte Forderung der kleinen Mächte verwirklicht und wenigstens der Anfang gemacht die Ueberlegenheit von England und Frankreich im Sekretariat etwas zu korrigieren. Um dieses Prinzip war der längste Kampf geführt worden. Besonders Frankreich leistete erbitterten Widerstand, weil der Vertrag des Direktors der Informationsabteilung Anfang 1934 abläuft und Frankreich diesen wichtigen Posten verlieren dürfte, da es augenblicklich drei Direktorenposten innehat. Die polnische Delegation war wegen der Ablehnung ihres Anspruchs auf einen stellvertretenden Generalsekretär in der Sonnabend-Sitzung der Kommission nicht mehr erschienen.

Die letzte Entscheidung über die Beschlüsse liegt nunmehr beim Völkerbundsrat.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Das allgemeine Recht

## Gericht in Moskau.

Vom Alltag der Sowjet-Union.

SPD. Moskauer Volksgericht. Bezirk D. Das Richterkollegium besteht aus einem Berufsrichter, Jurist der neuen Sowjetschule, und zwei Laienrichtern: einem Arbeiter, Monteur, und einem Rotgardisten. Das Gericht nimmt an einem mit rotem Tuch bespannten Tisch Platz. Ueber dem Kopf des Richters hängt ein grosses Leninbild. Ueber der Anklagebank ein Stalinportrait. Im Saal sitzen noch zwei Schriftführer. An der Tür zwei G.P.U.=Soldaten. Einen Verteidigerplatz gibt es nicht, weil bei "kleinen Fällen" der Angeklagte sich selbst zu verteidigen hat. Publikum ist zugelassen.

Erster Fall: Von 2 Polizisten wird ein tobender Mann in den Saal gebracht. Ein Schriftführer erhebt sich und liest kurz die Meldung des Polizeireviers vor. "Angeklagter Bürger K. schlägt in betrunkenem Zustande seine Frau jedesmal so blutig, dass sie oft tagelang bettlägerig ist. Das letzte Mal musste sie ins Krankenhaus gebracht werden". Der Richter verliest das Attest des Krankenhauses, fragt dann kurz den Angeklagten: "Gestehen Sie?" "Bürger K." tobt. 2 Zeugen marschieren auf. Der Staatsanwalt, ein Abgeordneter der Stadtsowjets, beantragt 4 Jahre Gefängnis. Das Gericht berät kurz im Nebenzimmer. Das Urteil: 2 1/2 Jahre Verbesserungshaus mit damit verbundener Kur zur Entwöhnung vom Alkohol!"

Zweiter Fall: Ein Bauer wird hereingebracht. Anklage wegen Spekulation und Schleichhandel. Nach dem Sowjetkodex ein böser Fall, auf den Todesstrafe stehen kann. Tatbestand: Der Bauer hat ohne Bewilligung auf offener Strasse Eier zu höchsten Preisen verkauft. Er gibt zu, sagt aber: "Ich habe genug zu essen, aber seit Wochen bitte ich um ein Paar Schuhe und kann sie für kein Geld bei uns im Dorfe kaufen. Meine Füsse sind wund. Nun wollte ich in Moskau Eier und Butter losschlagen, um mir nur hier auf dem Markt wenigstens ein Paar alte Schuhe kaufen zu können. Ich brauche kein Geld, ich hätte ja die Eier gerne für Schuhe getauscht!" Der Richter fragt kurz: "Sozialer Stand?" "Kleinbauer mit kleiner Privatwirtschaft". Erwidern des Richters, nicht ohne Ausdruck des Bedauerns: "Der Fall wird an das Sondergericht gegen Spekulationshandel verwiesen!" Der Bauer bricht zusammen. Er weiss, was das heisst. Die Sondergerichte gegen Spekulationshandel unterstehen der G.P.U.! Zwanzig Jahre werden bestimmt herauskommen!

Wieder reisst der G.P.U.=Soldat die Tür auf. 2 Angeklagte treten ein. Sehr gut angezogen. Man sieht ihnen die höheren Sowjetbeamten an. Der Schriftführer liest: "Bürger T. und Bürger A. ... Hier unterbricht ein Angeklagter "Nicht Bürger, sondern Genosse, wir sind beide seit 10 Jahren Mitglieder der Partei!" Hier hat der Angeklagte eine grosse Dummheit begangen. Er sollte doch wissen, dass in Moskauer Gerichten Verfehlungen von Parteimitgliedern noch strenger beurteilt werden. Denn Parteimitglieder als Angeklagte untergraben die Disziplin des Volkes gegenüber der Partei. - Der Schriftführer fährt fort: "Also... Genosse T. und A. sind angeklagt als Beamte des Wohnungsamtes, Bezirk A, für ihre Bekannten und Freunde gegen Entgelt Wohnungen beschlagnahmt zu haben. Für 100 Rubel fanden sie sich bereit, eine Wohnung für den

Zahlenden freizumachen und Arbeiterfamilien auf die Strasse zu werfen." Die Zeugenvernehmung beweist die Schuld der Angeklagten. Der Richter richtet nur kurze Fragen an seine Beisitzer und erhebt sich dann: "Im Namen der Sowjets! Angeklagter T.: 10 Jahre Verbannung in einem Konzentrationslager. Auf Lebenszeit Aberkennung der Fähigkeit ein Amt zu bekleiden! Angeklagter A.: 7 Jahre Moskauer Gefängnis, da er nur ein Werkzeug in den Händen von T. war". Der Richter setzt sich, Angeklagter T. springt auf und protestiert - da zerren die Soldaten die Angeklagten heraus.

+

Der nächste Fall ist der eines ehemaligen Besprisornij, eines anhangloosen jugendlichen Herumstromers. Er steht heute wegen Raubüberfalls zum zehnten Mal vor Gericht. Man kennt ihn hier schon. Der Richter fragt kurz: "Na, was glaubst du, was es heute geben wird?" Der Halbverhungerte sagt leise: "Was kann es schon geben, über Winter Kost und Wärme!" Der Richter: "Na, vielleicht etwas mehr. Du hast da einen alten Mann überfallen, niedergeschlagen und seine paar Rubel aus der Tasche geraubt. Weisst Du, dass der Mann noch heute schwerverletzt im Krankenhaus liegt?!" Der Angeklagte zuckt mit den Schultern. Der Richter, nach leiser Besprechung mit den Beisitzern: "Ach, was soll ich mit Dir machen? Es nützt ja nichts... Im Namen der Sowjets 3 Jahre Verbesserungsanstalt!" Der Angeklagte sagt "auf Wiedersehen".

+

Letzter Fall vor der Mittagspause: Ein Streit zwischen zwei Parteien, die in derselben Wohnung hausen. Tatbestand: Die Frauen zanken sich in der Küche, die Männer kommen hinzu, die Wohnungsnot hat alle nervös gemacht, eine Ohrfeige klatscht, ein Topf fliegt - und schon muss ein Mann ins Krankenhaus. Anklage wegen Körperverletzung. Beide Parteien setzen im Gerichtssaal ihren Streit fort. Die eine Frau, deren Mann im Krankenhaus ist, bemerkt, dass das Urteil gegen den "Erbfeind" garnicht so schlimm, wie sie hofft, ausfallen wird. Und da springt sie auch schon wie eine Furie auf und schreit zum Richter: "Genosse Richter, wissen Sie, was der Mann gesagt hat, er hat zu seiner Frau gesagt, ich hörte es durch die Wand, dass man die Sowjets zum Teufel jagen müsse - und das will ein Arbeiter sein!" Der vernünftige Richter kennt diese Auswüchse des Hausklatsches. Er will die Frau unterbrechen, aber - zu spät: schon fragt der Beisitzer, der Abgeordnete der Partei: "Was hat der Angeklagte gesagt?!" Die Frau wiederholt die gefährliche politische Aeusserung und schreit weiter: "Ja und in seinem Zimmer habe ich einmal eine russische Zeitung aus Paris gesehen. Emigrantenliteratur!" Der Richter spricht kein Wort, aber der Beisitzer fragt aus und sagt dann zum Richter: "Genosse, hier muss man durchgreifen. Der Mann ist konterrevolutionär." Der Richter nun schon ganz automatisch: "Ihre soziale Abstammung, Angeklagter?" Der Angeklagte ist blass auf der Bank zusammengesunken, seine Frau weint, triumphierend blickt die Siegerin der anderen Partei... "Arzt" flüstert der Angeklagte. Der Beisitzer gibt dem Richter einen Zettel. Der Richter blickt garnicht hin, er weiss schon was drauf steht. Er erhebt sich und sagt etwas stiller als sonst: "Wegen Körperverletzung 150 Rubel, aber wegen Verdachtes auf konterrevolutionäre Arbeit verhängen wir Haftbefehl und übergeben den Fall an die grosse Kammer der G.P.U."

Schon sind die zwei Soldaten an der Seite des Angeklagten, eine Hand- schelle klirrt. Der Richter spricht kein Wort zur "Siegerin". Pause. Das Moskauer Gericht, Bezirk D., hat die Vormittagsarbeit eines Tages abgeschlossen.

G.

+

+

+

Leichenräber. Das Gericht in Helsingfors verurteilte mehrere Mitglieder einer heidnischen Bauernsekte, die unter Beschwörungsformeln aus den Gräbern finnischer Kirchhöfe Leichen ausgegraben hatten, zu grösseren Gefängnisstrafen. Als vor längerer Zeit bei einer Waldquelle in der Nähe von Helsingfors zahllose Leichenteile gefunden wurden, glaubte man einem grausigen Massenmord auf die Spur gekommen zu sein. Die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit hat nun zu einem anderen Ergebnis geführt: die jetzt verurteilten Mitglieder jener heidnischen Bauernsekte hatten Leichenteile "geraubt" und gesammelt, um sie zu Heilbeschwörungen, Zaubereien und Schatzgräberarbeiten zu verwenden.

+ + +  
Früh übt sich... In Berlin wurden zwei aus Dresden stammende Schüler im Alter von 13 und 15 Jahren festgenommen, nachdem man beobachtet hatte, dass sie sich an einem vor einem Hause wartenden Kraftwagen in verdächtiger Weise zu schaffen machten. Die Knaben gaben an, dass sie das Auto nicht stehlen, sondern nur "leihen" wollten, um damit nach Dresden zurückzufahren. Sie hatten bei ihrer Festnahme zahlreiches Autowerkzeug bei sich.

+ + +  
Diphtherie=Opfer. In einer Volksschule in Berlin-Köpenick sind zahlreiche Schüler an Diphtherie erkrankt; drei Fälle verliefen tödlich. Die Lehranstalt ist vorläufig geschlossen worden.

+ + +  
Wieder Autodiebe! In Dessau wurden zwei Mitglieder einer Autoräuberbande in dem Augenblick festgenommen, als sie einen Luxuswagen verkaufen wollten. Der Wagen war kurz zuvor in Berlin gestohlen worden. Bei der Durchsuchung der Berliner Wohnung der Gauner fanden die Beamten der Kriminalpolizei eine Menge Automaterial, das zum Umbau und zur Unkenntlichmachung gestohlener Wagen dienen sollte. Es besteht kein Zweifel, dass die festgenommenen noch zahlreiche andere Autodiebstähle verübt haben.

+ + +  
"Felsenecke" ohne Litten? Vor dem Schwurgericht beim Berliner Landgericht III beginnt am Montag von neuem der Felseneck=Prozess gegen 24 kommunistische und nationalsozialistische Angeklagte. Nachdem es nach monatelanger Verhandlung nicht gelungen war, die Einzelheiten des Feuerüberfalls auf die "Kolonie Felsenecke" zu erklären, war der Prozess wegen Ausschliessung des kommunistischen Verteidigers Dr. Litten aufgefliegen. Nunmehr hat die Beschlusskammer des Landgerichts III Berlin entschieden, dass Rechtsanwalt Litten im neuen Felseneck=Prozess "wegen des Verdachts der Begünstigung" von der Verteidigung auszuschliessen sei.

+ + +  
Für die Strafrechtsreform! Das Rektorat für das kommende Semester der Berliner Friedrich Wilhelm=Universität wurde am Sonnabend dem Strafrechtler Professor Eduard Kohlrausch übergeben. Der neue Rektor führte in seiner Antrittsrede aus, dass die grosszügige Reform des Strafrechts, an der seit der Jahrhundertwende gearbeitet werde, heute wieder stark gefährdet sei. In der Darstellung der Geistesgeschichte der letzten sechs Jahrzehnte glaubte der Redner einen Beweis für die Aktualität des Problems der Strafrechtsreform geliefert zu haben. Die Wandlung der staatlichen und rechtlichen Auffassung über Individualismus und Kollektivismus verlange von der Wissenschaft: der Glaube an das unveräusserliche Recht der verantwortlichen Persönlichkeiten ist in Einklang zu bringen mit dem Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes.

+ + +  
Woher kommt Schnupfen? Nach einer in Schweden veröffentlichten Arbeit des Vitaminforschers Göthlin von der Universität Upsala soll die Neigung zur Schnupfeninfektion auf den Mangel an C-Vitaminen zurückzuführen sein.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

50 gegen 500 Millionen.

Gewerkschaftsprotest beim Reichsarbeitsminister.

SPD. Am Sonnabend hatte das Reichsarbeitsministerium die Vertreter der Gewerkschaften - vorher die der Arbeitgeber - zu einer Besprechung über "Milderung der Vorschriften über Sozialversicherung in den Notverordnungen" eingeladen. Schon aus dem Einladungsschreiben ging hervor, dass die Reichsregierung keineswegs beabsichtigt, ernsthaft die ungeheuren Härten auszugleichen, die sie mit ihrer Notverordnung vom 14. Juni dieses Jahres auf dem Gebiet der Sozialversicherung geschaffen hat. Es sollen vielmehr nur sehr geringfügige Abschwächungen der damals vorgenommenen gewaltigen Kürzungen stattfinden.

Während z.B. die Gesamtausgabe für Arbeitslosenunterstützung durch die Notverordnung vom 14. Juni durch weit über eine halbe Milliarde (500 Millionen) gekürzt wurde, sollen nun Erleichterungen geschaffen werden, die auch nach Angabe des Reichsarbeitsministeriums höchstens etwas über 50 Millionen Mark ausmachen würden, und dies, obwohl die Arbeitslosenversicherung infolge der starken Einschränkung ihrer Leistungen neuerdings erhebliche Ueberschüsse aufweist.

Der Härtenausgleich in der Arbeitslosenunterstützung besteht darin, dass die Arbeitslosenunterstützungsempfänger, die den untersten sechs Lohnklassen angehören, gewisse Zuschläge zur Unterstützung erhalten sollen. Bei mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen soll der Hauptunterstützungsempfänger zwei Mark, bei mindestens drei Angehörigen drei Mark und bei mehr als vier Angehörigen vier Mark als Zuschlag zur Unterstützung erhalten. Ausserdem sollen die schlimmsten Härten, die sich durch die Einführung des Ortsklassensystems in der Arbeitslosenversicherung ergeben haben, gemildert werden.

Wie die Gewerkschaften in der Besprechung ausführten, ist aber zu befürchten, dass nicht einmal diese minimalen und nur einem Bruchteil der Arbeitslosen zugedachten Zuschläge sich praktisch auswirken, weil durch die Anwendung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung doch wahrscheinlich wieder eine allgemeine Nivellierung der Unterstützungssätze stattfindet. Irgendwelche Zusicherungen, dass diese Gefahr nicht eintreten würde, konnte das Ministerium jedoch nicht geben.

In der Krankenversicherung soll das seit Dezember vorigen Jahres bestehende Verbot der Gewährung von Mehrleistungen für alle Kassen, die mehr als fünf Prozent Beitrag erheben, gelockert werden, sodass neben der Krankenhauspflege für Familienangehörige die Erhöhung des Hausgeldes bei höheren Beiträgen wieder eingeführt werden könnte. Diese Aenderung wird aber ihre praktische Bedeutung dadurch verlieren, dass den Kassen grundsätzlich nicht erlaubt werden soll, zur Einführung solcher Mehrleistungen die Beiträge zu erhöhen. Infolgedessen wird die Neuregelung im wesentlichen auf dem Papier stehen bleiben.

In der Unfallversicherung sollen von einem zukünftigen Zeitpunkt ab die Renten nicht mehr nach der Notverordnung vom 14. Juni dieses Jahres gekündigt werden. Tatsächlich ergeben sich aber aus den Ausführungen des Ministeriums, dass man in Zukunft nur deshalb glaubt, auf die Kürzung verzichten

zu können, weil man durch die Neufestsetzung der für die Rentenberechnung massgebenden Durchschnittsverdienste ohnedies zu einer Senkung der Renten zu gelangen denkt.

In der Angestelltenversicherung bestehen sehr vage Absichten, durch Beschluss der Selbstverwaltung Mehrleistungen zuzulassen. Des weiteren ist daran gedacht, die Ruhe-Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 insoweit zu mildern, als beim Zusammentreffen von Sozialversicherungsrente mit Kriegsbeschädigten- oder Kriegerwitwenrente allgemein ein Betrag dieser Rente in Höhe von 25 Mark von der Anrechnung frei bleiben sollen.

Alles in allem betrachtet, besteht der ganze Plan aus kleinen Einzelmassnahmen, die die ungeheure Not der Arbeitslosen und Rentenempfänger nicht wirksam lindern können.

Nicht der zehnte Teil der Leistungen, die abgebaut wurden, wird wieder hergestellt. Dass gleichzeitig mit diesen Massnahmen auch eine Ausserkraftsetzung der Bestimmung des § 84 Absatz 4 des Betriebsrätegesetzes, des sogenannten unbilligen Härteparagrafen, der u.a. die Möglichkeit des Einspruchs gegen unberechtigte Kündigungen gibt, erörtert wurde, ist besonders bemerkenswert. Angeblich soll diese Ausserkraftsetzung den Betrieben die Möglichkeit geben, eine bessere Auswechslung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen durchzuführen. In Wirklichkeit dürfte zweifellos die Absicht mitsprechen, durch Ausschaltung des Entlassungsschutzes sich von der arbeitsrechtlichen Bindung gegenüber langfristig Beschäftigten freizumachen und den Druck auf Arbeiter und Angestellte zu verstärken.

Die Einwände und Widersprüche der Gewerkschaften gegen dieses soziale "Aufbau"-Programm fand keinerlei Echo im Ministerium. Die Anhörung wurde augenscheinlich als blosse Formsache betrachtet. So wird vermutlich in den nächsten Tagen die Verordnung im Sinne der Regierung in Kraft gesetzt werden.

Ob sie die erhoffte Besserung der Wahlaussichten für das Papen-Kabinett bringen wird, möchten wir sehr stark bezweifeln.

-----

SPD.Köln, 15.Okt.(Eig.Drahtb.)

Die Beamtenrätewahlen im Reichsbahndirektionsbezirk Köln brachten den Nazis eine schwere Niederlage. Gerade in Köln glaubten die Nazis, diesmal die ersehnten Erfolge heimfahren zu können. Der nationalistische Agitations- und Hetzapparat war in letzter Zeit ausschliesslich auf dieses Ziel eingestellt. Der Erfolg ist geradezu kläglich. Die Nationalsozialisten konnten nur 2 350 Stimmen für sich erringen, während für die Gewerkschaftslisten weit über 12 000 Stimmen abgegeben wurden sind. Es erhielten Gemeinschaftsliste der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer und Gewerkschaft der technischen Beamten 4 082 Stimmen, Zentralgewerkschaftsbund der Reichsbahnbeamten 3 396 Stimmen, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 3 595 Stimmen, Einheitsverband der Eisenbahner 1 271 Stimmen, Nationalsozialisten 2 350 Stimmen.

-----

SPD. Die Schlichterbezirke sollen zum Teil zusammengelegt werden. Man will sparen. Eine endgültige Entscheidung des Reichsarbeitsministers liegt aber im Augenblick noch nicht vor.

-----



## Mieter und Wahlen.

Der Reichsbund deutscher Mieter ruft.

SPD. Die "Allgemeine Deutsche Mieter-Zeitung" beschäftigt sich mit den bevorstehenden Reichstagswahlen und ermahnt die Mieter, im eigensten Interesse am 6. November zur Wahl zu gehen. Es sollte ganz selbstverständlich sein, dass die Mieter am 6. November nur die sozialdemokratische Liste wählen. Eine andere Partei kommt für die Mieter nicht in Frage.

Die beste Begründung dafür gibt die "Allgemeine Deutsche Mieter-Zeitung", indem sie schreibt, dass ein Eintreten der Mieter "für hausbesitzerfreundliche Parteien nichts anderes ist als Selbstmord. Der letztvergangene Reichstag hat in seiner, für jede gesunde Mehrheitsbildung unmöglichen Zusammensetzung die Minderung der Volksrechte durch Stärkung der Diktaturgelüste in ausserordentlich hervorragendem Masse gefördert; sich darüber zu beklagen, hat aber nur der ein Recht, der im wohlverstandenen Interesse der notleidenden Volksschichten, seine Stimme für eine Partei des sozialen Fortschritts abgegeben hat. Zeigt die Reichstagswahl vom 6. November 1932 nicht ein wesentlich anderes Bild, als diejenige vom 31. Juni 1932 - werden also die mieterfreundlichen Linksparteien nicht ganz erheblich gestärkt, so sind die Aussichten auf eine Rückkehr zu parlamentarischen Zuständen, die Aussichten auf eine Mitwirkung der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung an einer sozialen Ausgestaltung der Reichsgesetzgebung auf ein Mindestmass herabgedrückt. Dann droht die Rückkehr zu dem System der "Wohltaten von oben", statt dass uns ein Ausbau der sozialen Rechte zuteil wird. Dann wird die gesamte Staatsmacht - unter Ausschaltung der Vertreter des Volkes, von denen nach der Weimarer Verfassung alle Staatsmacht ausgehen soll - auf absehbare Zeit in den Händen derer liegen, die den Obrigkeitsstaat bis zum November 1918 geführt haben. Mieter und Mieterinnen! Entscheidet! Wieder ist Euer Schicksal in Eure Hand gegeben! Die schärfste Waffe im innerpolitischen Leben eines demokratischen Staates ist und bleibt der Stimmzettel!"

SPD. Das Reichskabinett hätte Ende der verflossenen Woche über zwei wichtige Dinge, in der Kontingentierungsfrage und in der Frage der Bankenpolitik, eine Entscheidung treffen müssen. Die Regierung von Papen, die für sich in Anspruch nimmt, die erste Regierung zu sein, "die nicht redet, sondern was tut", hat es vorgezogen, nicht zu entscheiden. Die Dinge sind bis zu den Wahlen am 6. November vertagt worden. Die Regierung von Papen ist dringlichen Entscheidungen aus dem Wege gegangen, um das Wahlwetter nicht zu gefährden.

Soweit die Kontingentierungspolitik in Frage kommt, rechnet man damit, dass die sogenannte Tomatenkommission Wochen braucht, um den Schmerzensweg von Rom über Paris nach Kopenhagen zurückzulegen. Die Kommission wird also kurz vor den Wahlen in Berlin eintreffen und dann wird man sich den Schaden einmal bei Licht betrachten müssen. Nach halbamtlichen Meldungen scheint man wieder einmal Hoffnung zu hegen, die Verhandlungen mit Italien in Kürze ab-

schliessen zu können. Man muss diese Meldungen als Stimmungsmache bezeichnen; denn in Wirklichkeit sind die deutsch-italienischen Verhandlungen auch in den letzten Tagen nicht vom Fleck gekommen. Selbst dort, wo die Dinge verhältnismässig einfach liegen, bei dem Devisenabkommen, ist kein Fortschritt und keine Aussicht auf Abschluss zu verzeichnen. Dabei scheint man auf deutscher Seite bereit zu sein, Italien entsprechende "Kompensationen" zu gewähren, wenn es auf die deutschen Kontingentierungswünsche auch nur halbwegs eingeht. Die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen in Rom zeigen, müssten sich der deutschen Regierung die Unmöglichkeit ihrer Kontingentierungspolitik bewiesen haben.

In diesem Zusammenhang wird man Gerüchte registrieren müssen, wonach im Kabinett die Neigung gewachsen ist, das Kontingentierungsabenteuer irgendwie zu liquidieren. Die agrarischen Organisationen dürften dabei keine grossen Schwierigkeiten machen. Die neue Subvention für die Landwirtschaft (die Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Auslieferung der Preussensenkasse an die grossagrarischen Organisationen), die dem Reich rund 300 Millionen Mark kosten wird, hat das Kabinett Ende der verfloffenen Woche unter Dach und Fach gebracht. Damit dürften die agrarischen Organisationen bis zum Wahltag Ruhe halten. Auch in der Frage der Kontingentierung. Das ganze Spiel ginge so auf Kosten des deutschen Gartenbaus, der wieder einmal, gegen seine eigenen Interessen, die neue Reichssubvention für die Agrarier sicherte.

In der Bankenpolitik hat man den Plan, den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zum Reichskommissar zu machen, fallen gelassen. Im übrigen ist nichts getan, um das Problem der subventionierten Industriegesellschaften und Banken auch nur einer Zwischenlösung entgegen zu führen. Der allgemeinen Forderung der deutschen Oeffentlichkeit nach einer genügenden Bankenkontrolle ist die Regierung Papen ausgewichen. Ueber die Beschlüsse des Reichskabinetts heisst es nur, dass man den Banken Anweisung geben will, den Mittelstandskredit, den kleinen Kredit, mehr zu pflegen. Das ist eine Forderung, die von sozialdemokratischer Seite immer wieder erhoben worden ist. Hoffentlich bleibt die Stellungnahme des Reichskabinetts nicht nur Wahlmache; hoffentlich kommen wir zu einer besseren Kreditleistung zu Gunsten der kleinen und mittleren Industrie, des Gewerbes und des Handels.

-----

SPD. Der deutsche Aussenhandel zeigte auch im Monat September deutlich die Tendenz, seinen Ausfuhrüberschuss einzubüssen. Noch kann der deutsche Aussenhandel für den Monat September einen Ausfuhrüberschuss von 84 Millionen Mark (im Monat August rund 97 Mill. Mark) aufweisen. Aber es ist nicht zu übersehen, dass sich im internationalen Warenhandel eine Preisschere aufgetan hat, die bald zu einer Belastung der deutschen Handelsbilanz führen muss. Die Rohstoffpreise, an deren Sinken die deutsche Handelsbilanz in den letzten Jahren profitierte, steigen an, im September vielfach um 10, 15 und mehr Prozent. Dagegen sind Fertigwaren auf den Auslandsmärkten zu nur gedrückten und Verlustpreisen unterzubringen. Das gilt doppelt für die deutschen Fertigwaren, die den Schäden der deutschen Handelspolitik (Kontingente) durch Preisdruck entgegenwirken müssen. Die verschiedene Bewegung der Rohstoff- und Fertigwarenpreise drückt naturgemäss auf den Ausfuhrüberschuss des deutschen Aussenhandels.

Die Wareneinfuhr nach Deutschland ist im Monat September gegenüber dem Vormonat um 29 Millionen Mark auf 360 Millionen Mark gestiegen. Bei der Ausfuhr liegt eine Steigerung um 16 Millionen Mark auf 444 Millionen Mark vor. Die grössere Ausfuhr entfällt mit 7 Millionen Mark auf die Lebensmittelausfuhr (grössere Weizenexporte) und mit nur 6 Millionen Mark auf die Fertigenausfuhr. Die Ausfuhr von Fertigwaren hat im September den Tiefstand von



340,3 Millionen Mark erreicht, gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 615 Millionen Mark im Jahre 1931 und 753 Millionen Mark im Jahre 1930.

Für die ersten neun Monate des laufenden Jahres ergibt der deutsche Außenhandel folgendes Bild:

	1931 (für die ersten 9 Monate in Mill. Mark)	1932
<u>Gesamteinfuhr</u>	5 268,9	3 444,4
Davon sind:		
Lebensmittel	1 512,7	1 113,7
Rohstoffe	2 759,3	1 758,7
Fertigwaren	954,7	549,1
<u>Gesamtausfuhr</u>	7 232,8	4 291,2
Davon sind:		
Lebensmittel	258,1	140,5
Rohstoffe	1 425,1	779,1
Fertigwaren	5 511	3 359,9

Wertmässig ist die Einfuhr um 34,6 % zurückgegangen, mengenmässig um 11,5 %. Bei der Ausfuhr liegt ein wertmässiger Rückgang um 40,7 % vor und ein mengenmässiger Rückgang von 29,9 %. Der Fertigwarenxport erlitt mengenmässig einen Rückgang von 30,2 und wertmässig einen Rückgang von 39 Prozent.

SPD. Die Deutsche Bauernschaft e.V. hat eine Entschliessung angenommen, in der sie die Autarkie grundsätzlich ablehnt, weil die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik zur geschlossenen Binnenwirtschaft eine furchtbare Verarmung aller Stände, insbesondere auch des Bauernstandes, herbeiführen würde. Weiter wird gesagt, dass die von der Regierung Papen vorgenommene Zinsherabsetzung der Masse des Bauerntums nur in geringem Umfange zugute komme, da Landschaften und Hypothekarkreditinstitute kleine Hypotheken an bäuerliche Betriebe nicht in nennenswertem Umfange gegeben haben. Die für den Bauern wichtige Senkung des Personalkreditzinses stehe noch immer aus. Die Durchführung der Osthilfe erschöpfe sich vielfach in der Stützung von nicht mehr sanierungswürdigen Grossbetrieben. Demgegenüber fordere die Bauernschaft immer wieder allgemein wirkende Lastensenkung und produktive Hilfsmassnahmen. Die für die Landwirtschaft besonders drückende Schlachtsteuer müsse beseitigt werden. Im übrigen sei die Umsatzsteuer für die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion mindestens auf den für Getreide und Getreideerzeugnisse geltenden Satz von 0,85 % zu senken und die von der Regierung von Papen beseitigte Umsatzsteuerfreigrenze wieder einzuführen. Weiter unterstreicht die Deutsche Bauernschaft in ihrer Entschliessung die Forderung der Sozialdemokratie, den Kündigungsschutz zu zwingendem Recht zu erheben, wenn die Pacht aus wirtschaftlichen Gründen nicht gezahlt werden kann.

Die Entschliessung der Deutschen Bauernschaft zeigt, dass die deutsche Landwirtschaft nicht ganz dem Phrasentum der Landbünde und der Nazis verfallen ist. Die Deutsche Bauernschaft zeigt aber auch mit ihrer Forderung den Weg, der beschritten werden muss, wenn man zu einer wirklichen Sanierung der Landwirtschaft kommen will.

SPD. Bremen hat seinen neuen Skandal und zwar handelt es sich diesmal um einen Steuerskandal, der den früheren Generaldirektor der Nordsee-Hochfischerei A.G. (Fischtrust) Wriedt angeht. Wie die "Bremer Volkszeitung" zu berichten weiss, soll die Steuerbehörde durch betrügerische Transaktionen um

nicht weniger als 1,3 Millionen Mark geschädigt worden sein.

Wriedt ist in der Zeit nach der Schweiz ausgerückt. Das Reich hat gegen ihn einen Steuersteckbrief erlassen. Seine betrügerischen Massnahmen bestanden darin, dass er im Jahre 1928 die Majorität der Nordseeaktien an ein Bankkonsortium zum Kurs von 225 % verkaufte. Der Steuerbehörde teilte er aber nur einen Verkaufskurs von 145 % mit. Die ganze Transaktion wurde möglich, indem Wriedt in der Schweiz eine Gesellschaft für Handel und Industrieverwaltung gründete, die ihm allein gehörte. Er konnte von dieser Gesellschaft aus machen, was er wollte. Durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zahlte er bei dem oben erwähnten Geschäft an das Finanzamt Unterweser nur 240 000 Mark anstatt 1,5 Millionen Mark, die das Finanzamt zu fordern hatte. Auffällig ist dabei, dass das Finanzamt Unterweser von dem famosen Generaldirektor nicht einmal eine eidesstattliche Erklärung verlangt hat.

Gegen Wriedt liegen noch weitere Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft vor und zwar wegen Betruges und Bilanzfälschung, die er bei verschiedenen Aufkäufen von Aktien begangen haben soll. Merkwürdig ist, dass Wriedt gegenwärtig behauptete, in Nordenham mit Reichssubventionen einen neuen Fischereibetrieb aufziehen zu wollen. Auch will er mit dem Reichsfinanzministerium gegenwärtig verhandeln, um die Majorität der Hochseefischerei A. . wieder zurückzukaufen. Eigentümlich berührt auch die Behauptung Wriedts, dass sein Steuerfall gegenwärtig im Reichsfinanzministerium von Professor Dr. Hedding behandelt werde, mit dem Wriedt befreundet sein will.

Ueberhaupt scheint man sich mit Herrn Wriedt recht gründlich beschäftigen zu müssen. Nach unserm Wissen hat die Buchprüfung bei der Nordsee-Hochseefischerei festgestellt, dass Wriedt unberechtigtweise gegen 4,8 Millionen Mark aus dem Geschäft entnommen hat, davon allein 504 000 für persönliche Aufwendung. Regresspflichtig ist Wriedt für 4,8 Millionen Mark. Die Hochseefischerei liess sich aber dazu herbei, mit Wriedt, der Millionenbetrag in der Schweiz liegen hat, auch wohl in Deutschland noch über Fonds verfügt und nach wie vor ein rechtes Prasserleben führt, einen Vergleich zu treffen, wonach Wriedt nur 120 000 Mark und das noch in Monatsraten zu zahlen hat. In der Nordsee-Hochseefischerei scheint man, nach Goethes Worten, hilfreich und gut zu sein, sofern es sich um Generaldirektoren handelt.

SPD. Rom, 15. Okt. (Eig. Drahtb.)

Im Laufe der deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen hat die italienische Regierung erklärt, die italienische Devisensperre erst dann aufheben zu wollen, wenn ein neues Abkommen geschlossen worden ist. In der Frage der Beschränkung der landwirtschaftlichen Einfuhr (Kontingentierung) will zwar die deutsche Delegation nicht von einem völligen Scheitern der Verhandlungen sprechen; von italienischer Seite wird aber kein Hehl daraus gemacht, dass Italien nicht daran denkt, auf die Beschränkung seiner Ausfuhr nach Deutschland einzugehen. Auch der Vorschlag der deutschen Kommission, die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland zu steigern, falls Italien sich mit den deutschen Kontingentierungsvorschlägen abfinde, hatte keinen Erfolg. Die "Tomatenkommission" hat am Sonnabend Rom verlassen und sich nach Paris begeben, um dort ihr Glück zu versuchen.

In Rom ist man der allgemeinen Auffassung, dass Italien sofort mit Massnahmen gegen die Einfuhr deutscher Industriewaren antworten wird, falls Deutschland die Kontingentierung ohne italienische Einwilligung vornimmt.

Stützung trotz knappen Angebots.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Okt.)

SPD. Am Sonnabend konnte sich an der Berliner Produktenbörse die feste Stimmung des Vortags noch weiter fortsetzen. Es gab an allen Brotgetreidemärkten Preiserhöhungen, die sich im Durchschnitt auf etwa 1 bis  $1\frac{1}{2}$  Mark beliefen. Das Weizenangebot ist zurückgegangen, während sich bessere Kauflust, besonders am Markte der Zeitgeschäfte, bemerkbar machte. Eine grössere Umsatztätigkeit scheiterte jedoch an sehr geringem Angebot. Auch Roggen war nur knapp angeboten; jedoch hielt sich die Kauflust der Mühlen in engen Grenzen, sodass die Stützungsstelle wieder eingreifen musste. Das Mehlgeschäft blieb weiter ausserordentlich ruhig. Namentlich klagen die Mühlen wieder sehr über unzulänglichen Abruf auf laufende Geschäfte. Grössere Abschlüsse auf spätere Sichten kommen überhaupt nicht mehr zustande. Das Geschäft beschränkt sich auf die Deckung des laufenden Bedarfs, der zu unveränderten Preisen erfolgte. Hafer hatte stetige Tendenz. Das Angebot war bei laufender Bedarfsfrage ausreichend. Am Gerstenmarkt hat sich nichts geändert.

	<u>14.10.</u>	<u>15.10.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	199 - 201	199 - 201
Roggen	156 - 158	157 - 159
Braugerste	175 - 185	175 - 185
Futter- und Industrierogerste	167 - 174	167 - 174
Hafer	134 - 139	134 - 139
Weizenmehl	25,00 - 28,50	25,00 - 28,50
Roggenmehl	20,30 - 22,80	20,20 - 22,80
Weizenkleie	9,40 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,40 - 8,80	8,40 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 214 (Vortag 212 $\frac{1}{4}$ ), Dezember 215 $\frac{1}{2}$  (212 $\frac{1}{2}$ ), März 217 (216), Roggen Oktober 166 $\frac{1}{4}$  (165), Dezember 166 $\frac{1}{4}$  (165 $\frac{1}{2}$ ), März 169 $\frac{1}{4}$  (168 $\frac{1}{2}$ ), Hafer Dezember - (142 $\frac{1}{2}$ ), März - (146).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 15. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität III, II, IOL, abfallende Sorten 92 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

SPD. Aus Köln wird uns berichtet, dass die Arbeitslosen in immer grösserem Ausmass dazu übergehen, das Brot selbst zu backen und Wurst herzustellen. In vielen Kölner Häuserblocks sei diese Selbstversorgung förmlich organisiert.

Ohne Zweifel zwingt die ungeheure Not zu diesem Vorgehen, aber auch die fürchterliche Preisüberhöhung, die die Kaufkraft noch über das Mass der Krise hinaus dezimiert.